

DER BUNDESMINISTER
FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN

19 - 11151 - 33 197/74

(Bei Antwort bitte Geschäftszeichen angeben)

53 BONN-BAD GODESBERG, DEN 16. Oktober 1974

KÖLNER STR. 140
FERNRUF 306-285
ODER 306-1 (VERMITTLUNG)
FERNSCHREIBER 885673

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
53 Bonn 12, Postfach 120250

An den

Wasserbeschaffungsverband
"Ostteil, Kreis Hersfeld-Rotenburg"
z.H. Herrn Vorstandsvorsteher Schäfer
6432 Heringen (Werra)

Postfach 35

Sehr geehrter Herr Schäfer,

aufgrund Ihres Schreibens vom 2. Oktober 1974 habe ich den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik heute gebeten, für den Bau Ihrer Wasserversorgungsanlage einen Zuschuß aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zu gewähren. Nach den für diese Gemeinschaftsaufgabe getroffenen Regelungen können auch Wasserversorgungsanlagen gefördert werden, wobei im Zonenrandgebiet ein Abweichen von dem Erfordernis, daß die Investitionen der Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft dienen sollen, möglich ist.

Ich selbst kann bei allem Verständnis für Ihr Anliegen leider keinen Zuschuß gewähren, da die in meinem Haushalt veranschlagten Mittel zur Förderung des Zonenrandgebietes nach ihrer Zweckbestimmung nur für soziale und kulturelle Förderungsmaßnahmen eingesetzt werden dürfen.

Ich hoffe, daß Herr Minister Karry meiner Bitte entsprechen kann, wobei ich Sie jedoch darauf hinweisen muß, daß auf Zuschüsse aus dieser Gemeinschaftsaufgabe kein Rechtsanspruch besteht und die Verteilung der GA-Mittel, die je zur Hälfte vom Bund und den Ländern aufgebracht werden, ausschließlich den Ländern obliegt.

Über die Antwort von Herrn Minister Karry werde ich Sie unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen



DER BUNDESMINISTER
FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN

I 9 - 11151 - 33 197/74

(Bei Antwort bitte Geschäftszeichen angeben)

53 BONN-BAD GODESBERG, DEN 21. November 1974

KÖLNER STR. 140

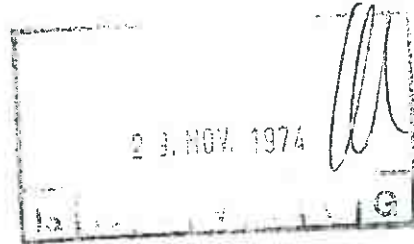
FERNRUF 306- 238

ODER 136-1 (VERMITTLUNG)

FERNSCHREIBER 885673

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
An den ^{53 Bonn 12, Postfach 120250}

Wasserbeschaffungsverband
"Ostteil, Krs.Hersfeld-Rotenburg"
z.H. Herrn Vorstandsvorsteher Schäfer
6432 Heringen (Werra)
Postfach 35



Kilpahn

Betr.: Wasserversorgung der Gemeinden Heringen, Philippsthal und Friedewald

Bezug: Ihr Schreiben vom 2.10.1974

Anl.: - 1 -

Sehr geehrter Herr Schäfer,

meine Bitte an den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, für den Bau Ihrer Wasserversorgungsanlage einen Zuschuß zu gewähren, hat dieser für seinen Bereich aus den in der Anlage ersichtlichen Gründen abgelehnt, sich aber gleichzeitig beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt für Sie verwandt.

Ich hoffe, daß nunmehr aus den Mitteln der Schuldendiensthilfe des Umweltministers die finanziellen Lasten erleichtert werden, die Ihrem Verband durch Umweltschädigungen anderer erwachsen sind und nicht im Wege des Regresses abgewehrt werden können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag

Süssmilch
(Süssmilch)



DER HESSISCHE MINISTER
FÜR
WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Wiesbaden, den 6. November 1974
Bitte Durchwahlnummer beachten

II a 3

In der Antwort bitte vorstehendes Geschäftszettel angeben

Postanschrift: 62 Wiesbaden 1, Postfach

Herrn
Hessischen Minister für
Landwirtschaft und Umwelt

6200 Wiesbaden

Betr.: Wasserversorgung der Gemeinden Heringen, Philippsthal,
Friedewald.

hier: Verchlorung der Trinkwasserversorgung im Werra-
kaligebiet durch die Einwirkungen der Kali-Industrie

Bezug: Schreiben des Bundesministers für Innerdeutsche Beziehungen
vom 16. Oktober 1974

Sehr geehrter Herr Kollege,

der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen hat mich ge-
beten zu überprüfen, ob die geplante Maßnahme aus Mitteln der
Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden kann. Gegen diese För-
derung spricht, daß

- eine Nachfinanzierung bereits durchgeführter Maß-
nahmen aus meinen Mitteln nicht möglich ist
- eine Finanzierung aus zwei Haushaltstiteln für ein
und dasselbe Projekt haushaltsrechtlich nicht ver-
treten werden kann und
- Zuschüsse in der erforderlichen Größenordnung von
mir nicht bereitgestellt werden können.

Ich darf Sie deshalb bitten zu überprüfen, inwieweit Sie die
extreme Zonenrandlage und die außergewöhnliche Problematik
dieses Falles durch einen höheren Betrag im Rahmen der Schul-
dendinsthilfe würdigen können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

(K a r r y)



DER HESSISCHE MINISTER
FÜR
LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT

6200 Wiesbaden, den 17. Januar 1975
Sammelref. 817-1 (Verpflichtung)
Durchzahl. 917-188

VA4 - 79 m 12.01 - 8550/74

In der Antwort bitte vorstehendes Geschäftszeichen angeben

6200 Wiesbaden, Röhdenstr. 1-3 Postfach

Herrn
Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen

53 B o n n
Postfach 120250

Betr.: Finanzierung der Wasserversorgungsanlagen des Wasserbeschaffungsverbandes "Ostteil Hersfeld-Rotenburg", Sitz in Heringen

Bezug: Ihr Schreiben vom 21.11.1974 -Az.: I 9 - 11151 - 33 197/74-

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik hat die Eingabe des o. g. Verbandes vom 2.10.1974 mir, dem für den Bereich der Wasservirtschaft zuständigen Fachminister, übersandt, nachdem er keine Möglichkeit sieht, im Rahmen der Wirtschaftsförderung die umfangreichen Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Der Wasserbeschaffungsverband führt seit mehr als 10 Jahren im Zonenrandgebiet Maßnahmen zur Sicherstellung der Wasserversorgung durch, wobei das Versorgungsproblem aus den Ihnen bekannten Gründen nur übergebietslich gelöst werden kann. Diese vorläufigen Maßnahmen sind allerdings mit hohen Kostenaufwendungen verbunden, die weit über die Finanzkraft der betroffenen Gemeinden im Zonenrandgebiet hinausgehen. Von hier sind die Investitionen, die sich bis einschließlich 1974 auf rund 9,3 Mio DM belaufen, im Rahmen der für die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen geltenden Richtlinien finanziell gefördert worden, wobei darauf hinzuweisen ist, daß die Richtlinien für das Zonenrandgebiet angemessene Vergünstigungen enthalten, die für den Einzelfall höhere Finanzierungshilfen vorsehen.

Diese Vergünstigungen sind auch bei dem genannten Wasserbeschaffungsverband voll zur Anwendung gekommen; zu den Investitionen sind bisher 2,813 Mio DM an einmaligen Landes- und Bundesbeiträgen sowie Schuldendiensthilfen des Landes von zusammen 0,918 Mio DM gezahlt worden.

Es ist vorgesehen, auch bei den weiteren Investitionen des Verbandes ab dem Jahre 1975 höchstmögliche Landeshilfen im Rahmen der geltenden Finanzierungsrichtlinien zu gewähren. Dem Verband geht es jedoch bei seiner Eingabe darum, über diese bereits gewährten Finanzierungshilfen hinaus zusätzliche Förderungsmittel außerhalb dieser Richtlinien zu erhalten. Hierfür sehe ich jedoch keine Möglichkeit. Ich werde mich aber bemühen, daß bei der Finanzierung weiterer Bauabschnitte ab dem Jahre 1975 die von den Mitgliedsgemeinden des Verbandes zu den Investitionen geforderte Eigenleistung überprüft und ggf. angemessen gesenkt wird. Hierzu bedarf es noch einer Abstimmung mit dem Hessischen Minister des Innern und dem Hessischen Minister der Finanzen, die an der Entscheidung über die Gewährung der Landeshilfe beteiligt sind.

Die Entscheidung wird im Rahmen des Landeshaushalts 1975 herbeigeführt sobald mir der Finanzierungsantrag des Verbandes zu den neuen Baumaßnahmen, die mit einer Bausumme von 0,8 Mio DM zur Förderung vorgesehen sind, vorliegt.

Im Auftrag:

Wasserbeschaffungsverband
Ostteil, Kreis Hersfeld
Sitz: 6432 Heringen

6432 Heringen, 16. MAI 1975

An den
Herrn M i n i s t e r
für Landwirtschaft und
Umwelt

6200 Wiesbaden

auf dem Dienstweg

Betr.: Finanzierung des Verbandes

Bezug: Anliegender Finanzierungshilfe-Antrag

Der Wasserbeschaffungsverband - Ostteil, Kreis Hersfeld - mit Sitz in Heringen legt heute einen neuen Finanzierungshilfe-Antrag vor.

Die Vorlage dieses Antrages erfolgt unter Zugrundelegung der nachstehend aufgeführten und begründeten Erwartungen bezüglich der zu gewährenden Zuschüsse:

1. Für die Erstellung des Hochbehälters in Philippsthal und den Anschluß dieser Gemeinde Übernahme der Gesamtkosten, mindestens aber 80% der Kosten, unter Einbeziehung der für das Jahr 1973 vorgesehenen Baumaßnahmen in Höhe von 500.000,- DM, die wegen Fehlens finanzieller Mittel nicht voll zur Ausführung gelangen konnten.
2. Für die vorgesehenen Notmaßnahmen (Anschluß an die Versorgungsleitung der Stadt Bad Hersfeld) erwarten wir die volle Übernahme der Kosten.

Zur Begründung wird zunächst auf unsere verschiedenen Eingaben und Rücksprachen

- a) mit dem Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (bzw. früher Landwirtschaft und Forsten) und den nachgeordneten Behörden und Dienststellen
- b) mit dem Herrn Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

verwiesen.

Es sei aber gestattet, den gesamten Sachverhalt noch einmal in gestraffter Form darzulegen.

Bis zum Jahre 1948 erfolgte die Trinkwasserversorgung der Gemeinde Heringen durch gemeindeeigene Quellen, die im Bereich des Gemeindegebietes lagen. Dazu kam, daß auf Grund eines Vertrages aus dem Jahre 1920 das Kaliwerk Wintershall verpflichtet war, eine Zusatzmenge an Trinkwasser zu liefern. Dieser Vertrag war abgeschlossen, weil vom Werk eine Quelle erworben wurde, die ursprünglich zur Trinkwasserversorgung der Gemeinde herangezogen werden sollte.

Bei Abschluß des Vertrages mit dem Kaliwerk hatte die Gemeinde noch nicht 2.000 Einwohner; diese Zahl stieg bis zum Jahre 1939 auf rd. 2.800. Nach dem 2. Weltkrieg stieg - nach der Unterbringung der Heimatvertriebenen - die Einwohnerzahl auf rd. 4.600 und in einer Spitzenzeit sogar auf etwas unter 5.000 an.

Nun traten starke Engpässe ein. Die Wasserversorgung war nicht mehr sichergestellt. Wintershall konnte kein Trinkwasser mehr liefern.

Schürfungen im Gemeindegebiet brachten keine nennenswerten Ergebnisse an Trinkwasser, weil ein Teil der Quellen an Versalzung litten. Diese Versalzung der Quellen ist u.a. darauf zurückzuführen, daß von den 2 Kaliwerken auf hessischem und den 3 Werken auf thüringischem Gebiet etwa seit dem Jahre 1924 Versenkungen von Kaliabwässern vorgenommen werden. Die hessischen Werke versenken auf Grund einer Genehmigung des Regierungspräsidenten in Kassel. Sicher sind die Versenkungen von Kaliabwässern auf thüringischem Gebiet auch von den seinerzeit zuständigen Behörden angeordnet oder genehmigt worden, um die Versalzung der Werra zu verhindern. Da die Fördermenge laufend angehoben wurde, stieg auch die Menge der versenkten Abwässer ständig. Von den hessischen Werken allein ist bis heute etwa die dreifache Menge des Fassungsinhalts des Edersees in den Plattendolomit versenkt worden.

Bohrungen nach Trinkwasser im Gemeindegebiet Heringen oder nähere Umgebung wurden von den Geologen nicht befürwortet, weil man befürchtete, die Kaliabwässer anzubohren.

Da nach den Aussagen der Geologen nicht angegeben werden kann, wessen Abwässer die Verschlechterung der Trinkwasserversorgungssituation herbeigeführt haben, können die Gemeinde auch keine Schadenersatzansprüche geltend machen; bei den Werken, die in der DDR liegen, schon gar nicht. Die östliche Seite hält sich bekanntlicherweise auch bei den Ableitungen der Abwässer in die Werra nicht an die früher einmal festgelegte Norm. Sie geht vorläufig auch nicht davon ab, wie das Gespräch des Hessischen Ministerpräsidenten in Erfurt mit dem Bezirksvorsitzenden vor einigen Wochen gezeigt hat. Da durch die Folgen des 2. Weltkrieges und die dadurch bedingte Teilung Deutschlands mit der Gesamtheit der Kali-Industrie in Ost und West des Werrakalibereiches keine Verhandlungen geführt und Schadenersatzforderungen gestellt werden können, handelt es sich um eine

alte Kriegsfolge, die man nicht den Gemeinden oder den betroffenen Bürgern allein aufbürden kann.

Aber selbst, wenn das Verschulden der hessischen Kaliwerke einwandfrei geklärt werden würde, könnten die Gemeinde kaum einen Anspruch geltend machen, weil damit die Existenzfrage der Werke berührt wird. Diese Gespräche gehen aber über die Verantwortungsmöglichkeiten der Verbands- und Gemeindegremien weit hinaus. Staatliche Mithilfe wäre von vornherein notwendig.

Hier steht unzweifelhaft die Frage an, ob man einige Tausend Arbeitsplätze infrage stellen kann oder ob durch die Sicherstellung der Wasserversorgung auf andere Art die wesentlich höheren Kosten in Kauf genommen werden sollen. Dies ist jedoch eine hochpolitische Frage, an deren Lösung auch Land und Bund interessiert sein müssen.

Die Gemeinde des Werratales, insbesondere die Gemeinde Heringen, haben ihrerseits alles getan, was finanziell möglich und zumutbar war, wie die folgenden Zeilen zeigen.

Als Folge des gegebenen Tatbestandes hatte die Gemeinde Heringen in den Jahren 1948 - 1954 versucht, andere Quellen zu erschließen. Es wurden Quellen im Bereich der Gemeinden Herfa und Friedewald geschürft und Leitungen zur Erschließung dieser Quellen verlegt. Die erheblichen Kosten gingen zu Lasten der Heringer Gemeinde. Kaum war jedoch diese Leitung verlegt, da hatten auch die benachbarten Gemeinden Schwierigkeiten mit der Wasserversorgung; so z.B. die Gemeinde Lengers. Später versalzten die Quellen der Gemeinde Widderhausen praktisch über Nacht.

Vom Landratsamt Bad Hersfeld in Verbindung mit der wasserwirtschaftlichen Abteilung des Regierungspräsidenten und dem Wasserwirtschaftsamt Fulda wurde die Bildung eines Verbandes der Werratalgemeinde angeregt.

Die Bildung des Verbandes stieß bei den Gemeinden, insbesondere auch bei der Gemeinde Heringen, auf stärkeren Widerstand in den gemeindlichen Gremien, weil die erst einige Jahre fertiggestellte Leitung noch nicht fertig bezahlt war und man nun in einen neuen Verband fast genötigt wurde. Es wurde klipp und klar erklärt, daß ohne Heringen der Verband nicht gegründet werden könne. Nach dem Versprechen durch die Regierungsstellen, daß der Verband großzügige Förderung erfahren würde und der Wasserpreis bzw. die Belastung der Bevölkerung nicht über Gebühr strapaziert werden würde, entschloß sich die Gemeindevertretung von Heringen dann zum Beitritt und ermöglichte damit die Bildung des Verbandes.

Inzwischen haben sich alle Gemeinden des Werratales auf Grund der immer schwieriger werdenden Versorgung mit Trinkwasser dem Verband angeschlossen.

Kaum sind aber die Brunnen bei der Gißlingskirche erschlossen, treten neue Komplikationen auf. Schon kommen weitere Bohrungen in Betracht und weitere Leitungen müssen gebaut werden.

Es ist nun dringender erforderlich, daß die Zusagen, die die früheren Hessischen Minister für Landwirtschaft und Forsten bzw. die Staatssekretäre den Verbandsvertretern gegenüber mündlich gemacht haben, auch realisiert werden. Diese Zusagen beziehen sich auf die Umfinanzierung des Verbandes.

Wie aus der Anlage Nr. 1 ersichtlich ist sind die Vertreter des Verbandes in Wiesbaden vorstellig geworden um eine bessere Finanzierung des Verbandes zu erreichen, weil dies bei Verbandsgründung zugesagt war. Im Übrigen wurde bei all diesen Gesprächen auf die Auswirkungen der Kali-Industrie hingewiesen und mit Rücksicht auf diese Tatbestände um höhere verlorene Zuschüsse gebeten. ~~Die~~ Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre zum Teil höhere verlorene Zuschüsse gegeben wurden, waren wir der Meinung, daß in unserem speziellen Fall wegen der besonderen Umstände etwas zusätzlich getan werden müsse. Diese Angelegenheit ist wiederholt mit Hessischen Ministern und Staatssekretären besprochen worden. Bei diesem Gespräch sind teilweise der Landrat des Landkreises Hersfeld (jetzt Hersfeld/Rotenburg), der Landtagsabgeordnete Zerbe und der Unterzeichnete zugegen gewesen.

Es wurde in Aussicht gestellt, der Verband mit Abschluß der seinerzeit laufenden im Jahre 1962/1963 zum Abschluß gekommenen Arbeiten auf eine bessere finanzielle Basis zu stellen.

Es sind bisher Kosten in Höhe von rund 10.000.000,- DM entstanden.

Die Wasserpreise wurden im Verbandsbereich auf die in den Schuldendiensthilfe-Richtlinien festgelegten Zahlen erhöht; z.Z. 1,25 DM, ab 1.7.1975 werden sie 1,35 DM betragen.

Mit Rücksicht auf die vielerlei Versprechungen, die der Verband auch wegen einer Umfinanzierung erhalten hat, bitten wir, unserem Antrage stattzugeben. (Es war u.a. daran gedacht worden, einen Teil der zu ungünstigen Konditionen aufgenommenen Darlehen durch Landeszuschüsse abzudecken.)

Zur Erörterung weiterer Einzelheiten stehen wir zur Verfügung.

Bei dem jetzt vorgesehenen Anschluß an die Leitung der Stadt Bad Hersfeld handelt es sich schon um einen Teil einer überörtlichen Verbundleitung. Diese Kosten müssen deshalb u.E. vom Land übernommen werden.

Als Anlage fügen wir bei:

1. Auszug aus dem Protokoll der Verbandsversammlung vom 24.8.1967.
2. Fotokopie eines Schreibens des Herrn Landrat in Bad Hersfeld
3. Fotokopie eines Schreibens des Herrn Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen.
4. Fotokopie eines Flugblattes
5. Fotokopie von Pressenotizen

Abschließend darf noch einmal festgestellt werden:

1. Wir sind durchaus der Meinung, daß die Gemeinde des Werratales genau wie alle Gemeinden unseres Staates zunächst für die Beschaffung des Wassers selbst zuständig sind. Im Normalfall wären uns Kosten von schätzungsweise ca. 2-3 Millionen DM entstanden. Dies hätten wir ~~nicht~~ verkräften können.
2. Die in unserem Falle entstehenden erheblichen Mehrkosten haben wir nicht zu vertreten, sondern sind durch Einwirkung Dritter entstanden. Dabei sind wirtschaftspolitische und innerdeutsche politische Sachverhalte zu berücksichtigen. Dies kann aber den Gemeinden die davon betroffen sind, nicht zum Nachteil gereichen.

Wir bitten die Sachverhalte genau zu prüfen und uns wie beantragt zu helfen.


(Schäfer)
Verbandsvorsteher

- 8. Jan. 1976

Betr.: Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Städte und Gemeinden des Landkreises Hersfeld - Rotenburg
hier: Wasserpreise

1. Alheim

Baumbach	1,15
Erdpenhausen	0,95
Hergershausen	0,95
Heinebach	1,15
Licherode	1,15
Niederellenbach	1,15
Niedergude	0,95
Oberellenbach	1,15
Obergude	0,95
Sterkelshausen	1,15

2. Bebra 1,-- DM je cbm

3. Cornberg 1,-- DM je cbm

4. Breitenbach (Herzberg)

Breitenbach	0,95
Oberjossa	0,85
Gehau	0,75
Hatterode	0,75
Machtlos	0,75

5. Friedewald 0,65 DM je cbm

6. Hauneck 1,40 DM je cbm

7. Haunetal

Hermannspiegel	1,25	Odensachsen	1,25
Holzheim	1,--	Rhina	1,--
Kruspis	0,50	Schletzenrod	1,--
Mauers	1,25	Stärklos	1,--
Meisenbach	1,25	Unterstoppel	1,--
Müsenbach	0,59	Wehrda	0,40
Neukirchen	1,--	Wetzlos	0,40
Oberstoppel	1,--		

8. Heringen 1,25 DM je cbm
9. Bad Hersfeld 1,15 DM je cbm
10. Hohenroda 1,10 DM je cbm
11. Kirchheim 1,10 DM je cbm
12. Ludwigsau 1,15 DM je cbm
13. Nentershausen 1,15 DM je cbm
14. Neuenstein
- | | | |
|---------------|------|---------------------------------------|
| Aua | 0,50 | |
| Gittersdorf | 1,-- | |
| Mühlbach | 0,70 | |
| Obergeis | 1,-- | |
| Raboldshausen | 0,50 | |
| Saasen | 0,50 | |
| Untergeis | 1,-- | |
| Salzberg | 0,11 | bisher keine Wasseruhren
eingebaut |
15. Niederaula 1,-- DM je cbm
16. Philippsthal 1,25 DM je cbm + 5,5 % MWSt.
17. Ronshausen 1,15 DM je cbm + 5,5 % MWSt.
18. Rotenburg (Fulda) 1,-- DM je cbm
19. Schenklengsfeld
- | | | | |
|-----------------|------|-----------------|------|
| Schenklengsfeld | 1,-- | Malkomes | 1,-- |
| Lampertsfeld | 1,-- | Oberlengsfeld | 1,-- |
| Dinkelrode | 0,50 | Schenksolz | 1,-- |
| Erdmannrode | 0,65 | Unterweisenborn | 1,-- |
| Hilmes | 0,65 | Wehrshausen | 0,40 |
| Konrode | 0,40 | Wippershain | 0,75 |
| Landershausen | 0,50 | Wüstfeld | 0,50 |
20. Wildeck
- | | |
|---------------------|------|
| Obersuhl | 1,-- |
| Bosserode | 1,-- |
| Hönebach | 1,-- |
| Richelsdorf | 0,80 |
| Wohnplatz Schildhof | 0,80 |
| Rebdorf | 0,80 |

Wasserversorgung, nicht Arbeit

Herrn Bürgermeister Schäfer, Heringen

Herr Zerbe hat aus Wiesbaden angerufen und läßt Ihnen folgendes mitteilen:

Das Gespräch mit Minister Görlach in Anwesenheit von Herrn Hammel findet am

Donnerstag, dem 29. 1. 1976, um 15.00 Uhr

statt.

Wenn noch Plenarsitzung ist - auf alle Fälle dort erst vorbeikommen - im Landtag,

wenn die Plenarsitzung schon zu Ende, dann im Landwirtschaftsministerium
Dieses ist jetzt in einem Neubau in der Nähe der amerikanischen Kasernen,
bitte erst erkundigen, wo es liegt.

Herr Schäfer 29.1.

Mittwoch, 24. Dez. 1975

Wasserdebatte in Friedewald

Gebührenerhöhung zum Jahresanfang soll im Ausschuß vorgelklärt werden

Friedewald (z). Nach längerer Debatte über die Änderung der Wasserbeitrags- und Gebührensatzung für die Gemeinde Friedewald im Parlament der Dreienberg-Gemeinde wurde dieser Tagesordnungspunkt am Montagabend einstimmig zur weiteren Klärung an den Haupt- und Finanzausschuß überwiesen. Nach den Erläuterungen von Bürgermeister Hans Dürner muß die Gebühr für einen

Kubikmeter Wasser in der Kerngemeinde von bisher 1 DM auf 1,35 DM ab Januar 1976 angehoben werden, weil sonst bei den zum selben Zeitpunkt steigenden Beiträgen zum Wasserbeschaffungs-Verband „Ostteil Kreis Hersfeld“ der Gemeinde keine Einnahmen mehr für notwendig werdende Maßnahmen der Wasserversorgung im Ortsbereich übrig blieben.

Dürner wies darauf hin, daß seit Ende der fünfziger Jahre vom Wasserbeschaffungsverband ein Bauvolumen von 13 Millionen DM erstellt worden sei. Fünf Millionen seien durch Zuschüsse abgedeckt, acht Millionen müßten über Grund- und Verbrauchsbeitrag finanziert werden. Das Land Hessen leiste

CDU-Sprecher Helmut Heiderich meinte, eigentlich müßten die Kosten des Wasserbeschaffungsverbandes doch niedriger statt höher werden, durch den bereits erfolgten Abtrag und die zur Zeit niedrigeren Zinssätze. Das System der Schuldendiensthilfe führe jetzt, wo beim Land die Kassen immer leerer würden, dazu, daß man den Bürgern höhere Gebühren zumute, und dafür, daß andere ihre Kallstange billig besitzigen, müßten die Bürger auch zahlen, weil das Trinkwasser von weit her geholt werde.

auch gekommen, wenn die Gemeinde in der Abwasserversorgung autonom wäre, weil dann wieder andere Baumaßnahmen erforderlich gewesen wären. Sowohl Dürner, als auch der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Wilfried Kiefer, wiesen darauf hin, daß die Quelle „Hasselborn“ bei Friedewald, von der ebenfalls Wasser in das

fernsehen mit

Das farbige Funk- und Fernsehprogramm unter der Schuldendiensthilfe, gehe aber bei der Bemessung jetzt davon aus, daß in den einzelnen Gemeinden Wassergebühren in Höhe von 1,35 DM erhoben würden. Die Gemeinde sei nicht gezwungen, diesen Wasserpreis festzusetzen, nur müsse sie dann die Differenz aus der eigenen Kasse bezahlen.

Umweltschutz gegen 3000 Arbeitsplätze
Dazu meinte Dürner, man müsse Überlegungen des Umweltschutzes gegen 3000 Arbeitsplätze in der Kallindustrie abwägen. Außerdem wäre die Erhöhung

- Anzeige -

HEROS

**hat am Samstag,
27. 12. '75
bis 13.00 Uhr
geöffnet.**

Ortsnetz eingespeist werde, längst nicht für die Versorgung ausreiche. Man solle es lieber als „letzte Reserve“ betrachten.

Wirtschaftsrechnung
CDU-Vertreter Karl Mecke betonte, er werde grundsätzlich keiner Erhöhung zustimmen, die von einem übergeordneten Gremium beschlossen worden sei. Er regte Einsparungen bei den Verwaltungskosten des Wasserbeschaffungsverbandes an und forderte die Vorlage einer detaillierten Wirtschaftsrechnung.

Bürgermeister Dürner gab zu bedenken, daß die Verwaltung des Verbandes über die Gemeinde Heringen abgewickelt werde und von daher nicht sehr kostenintensiv sei. Eine Aufstellung über die bereits ausgeführten Maßnahmen und deren Finanzierung sei in Vorbereitung. Der Schuldendienst könne mit den jetzt eingehenden Beträgen nicht längerfristig finanziert werden.

Auf Antrag des SPD-Vertreters Rudolf Hütter, erfolgte die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuß.

VOM: Freitag 9. Jan 1976

Wasserbeschaffungs-Verband soll Informationen liefern

Brief Heiderichs an Schäfer: Wie werden die höheren Gebühren begründet?

Friedewald (HZ). Widersprüchliche und mangelhafte Informationen über Finanzkraft und Geschäftsführung des Wasserbeschaffungs-Verbandes Hersfeld-Ost nennt der Vorsitzende der CDU-Gemeindevertreter in Friedewald, Helmut Heiderich, als Grund für ein Schreiben an den Vorsitzenden dieses Verbandes, den Heringer Bürgermeister Georg Schäfer. In diesem Brief weist Heiderich darauf

hin, daß eine Debatte über die Erhöhung der Wassergebühren im Friedewald Gemeindeparlament bevorstehe. — Diese Erhöhung solle nach dem Vorschlag von Bürgermeister Dürner mehr als 30 Prozent betragen und werde mit den gestiegenen Beitragssätzen des Wasserbeschaffungsverbandes im Ostteil des Kreises Hersfeld-Kelenburg begründet.

Heiderich räumt ein, daß der Verband in den letzten drei Jahren seine Beiträge um mehr als 30 Prozent auf jetzt eine DM pro Kubikmeter erhöht habe. Diese Erhöhungen seien aber nach seinen Informationen nur von den drei Bürgermeistern Schäfer, Prior (Philipps-Itz) und Dürner beschlossen worden — an die Gemeindevertreter seien nie Zahlen, Daten und Fakten gelangt, die diese Erhöhungen begründen würden.

Wie schon in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung vertritt Heiderich in seinem Brief an Schäfer die Auffassung, daß die Beiträge eigentlich von Jahr zu Jahr sinken müßten, da einerseits durch die laufende Tilgung die Kreditsumme für die Wasserbau-Maßnahmen von ursprünglich ca. acht Millionen DM geringer werde und andererseits der Kreditzins in den letzten beiden Jahren erheblich gefallen sei.

„Können so nicht zustimmen“

„Sie sehen, welche Widersprüche sich hier aufbauen und können sicher verstehen, daß wir uns auf der jetzigen Informationsbasis nicht in der Lage füh-

len, den für unsere Gemeinde vorgeschlagenen enormen Gebühren-Erhöhungen zuzustimmen“, schreibt Heiderich wörtlich.

Schäfer wird deshalb um die Klärung folgender Punkte gebeten:

► Dienen die Beiträge zum Wasserbeschaffungsverband nur der Erstattung von Verwaltungskosten (laut Haushalts-

plan Friedewald), und in welchem Zusammenhang stehen die Beiträge zur zusätzlich erhobenen Umlage?

► Auf welche Kalkulationen gründen sich die Beitragserhöhungen der letzten drei Jahre?

► Warum sind den Gemeindevertretungen keine Informationen über die Geschäftsführung des Verbandes zugegangen?

► Entspricht es den Tatsachen, daß auch im Bereich der Wasserversorgung ursprünglich bewilligte Zuschüsse des Landes Hessen gestrichen oder gekürzt wurden?

AUSZUG AUS DER "HERSFELDER ZEITUNG"

VOM: Mittwoch, 21. Jan. 1976

Gutes Wasser fordert seinen Preis

Bürgermeister Schäfer zur Situation des Wasserbeschaffungsverbandes „Ostteil des Kreises“

Friedewald. — Ausführungen des Verbandsvorstehers, Bürgermeister Georg Schäfer (Heringen), über die Situation des Wasserbeschaffungsverbandes „Ostteil des Kreises Hersfeld-Rotenburg“ standen im Mittelpunkt der außerordentlich gut besuchten Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Friedewald. Der Wasserbeschaffungsverband sei Ende der 50er Jahre von acht Gemeinden gegründet worden, die heute in die Großgemeinde Heringen, Philippsthal und Friedewald übergegangen seien. Die Bürgermeister dieser drei Gemeinden bilden auch den Verbandsvorstand. Man sei jedoch dabei, eine neue Verbandsatzung zu erstellen, aufgrund derer ein größeres Verbandsorgan mit Verbandsvorstand und Verbandsversammlung geschaffen werden solle, berichtete Schäfer. Man habe die Aufsichtsbehörde beauftragt, den Entwurf einer neuen Satzung zu erstellen.

Bis heute seien vom Verband Investitionen in Höhe von 13 Millionen DM getätigt worden, wozu auch u. a. der Hochbehälter auf dem Goldküppel in Friedewald gehöre. In dieser Summe seien Zuschüsse von Land und Bund in Höhe von 4,5 Millionen DM enthalten. Man müsse bei einer kritischen Betrachtung jedoch bedenken, daß der

Verband bei seiner Gründung nicht mit Eigenkapital ausgestattet worden sei, das zwang dazu, sämtliche Gelder auf dem Kapitalmarkt als Kredite aufzunehmen. Der derzeitige Schuldenstand liege bei 6 Millionen DM, sagte Schäfer. Angesichts dieses Schuldenstandes würden die eingenommenen Wasserpreise auch zukünftig nicht kostendeckend sein, so daß die Gemeinden wie in den vergangenen Jahren auch weiterhin zusätzliche anteilige Aufwendungen für Tilgung und Zinsen zu tragen haben.

Das Land Hessen gewähre zwar Schuldendiensthilfen, doch gehe man ab 1. 1. 1978 von einem Wasserpreis von 1,35 DM aus. Das bedeutet: Das Land tut so, als würde in den Verbandsgemeinden ein Wasserpreis in der vorstehenden Höhe erhoben. Beschußt werden lediglich die über diesem Wasserpreis liegenden nicht gedeckten Kosten.

Eine besondere Situation sei für den Wasserbeschaffungsverband und die durch ihn sicherzustellende Wasserversorgung im Ostteil des Kreises durch die Versenkung der Kalilauge

(Schluckbrunnen) seitens der Kalt-Industrie im Werratal entstanden. Es sei durch die Produktionssteigerungen der letzten Jahre und die dadurch bedingte erhöhte Versenkung von Kalilauge in der Erdschicht des Plattendolomit zu einer gewissen Sättigung gekommen.

Hier würden von der Kal-Industrie mit der Errichtung von Anlagen zur Entsalzung der Kalilauge durch elektrostatisches Verfahren neue Wege beschritten. Dies sei auch angesichts des erheblichen Chloridgehaltes eines der beiden Tiefbrunnen an der Gießlingskirche dringend erforderlich. Was hier noch in der Zukunft auf den Wasserbeschaffungsverband zukomme, sei zur Zeit noch nicht abzusehen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Vorstand des SPD-Ortsvereins in seinen Ämtern bestätigt. Vorsitzender blieb Werner Krause, Stellvertreter wurden Hans Dürner und Holger Wittich, Kassierer Fritz Schröder, Schriftführer Fritz Maraun, Beisitzer Willi Branz, Helmut Fey, Günter Nennstiel, Werner Kuch, Heinrich Mähler und Dieter Erkelenz. Besonders erfreulich sei, betonte Werner Krause, daß der Ortsverein auch im vergangenen Jahr seinen Mitgliederbestand habe erhöhen können. Er hoffe, daß sich dieser Trend auch im Wahljahr 1976 fortsetzen und sich im Wahlergebnis widerspiegeln werde.

AUSZUG AUS DER "HERSFELDER ZEITUNG"

VOM: Mittwoch, 21. Jan. 1976

Gutes Wasser fordert seinen Preis

Bürgermeister Schäfer zur Situation des Wasserbeschaffungsverbandes „Ostteil des Kreises“

Friedewald. — Ausführungen des Verbandsvorstehers, Bürgermeister Georg Schäfer (Heringen), über die Situation des Wasserbeschaffungsverbandes „Ostteil des Kreises Hersfeld-Rotenburg“ standen im Mittelpunkt der außerordentlich gut besuchten Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Friedewald. Der Wasserbeschaffungsverband sei Ende der 50er Jahre von acht Gemeinden gegründet worden, die heute in die Großgemeinde Heringen, Philippsthal und Friedewald übergegangen seien. Die Bürgermeister dieser drei Gemeinden bilden auch den Verbandsvorstand. Man sei jedoch dabei, eine neue Verbandsatzung zu erstellen, aufgrund derer ein größeres Verbandsorgan mit Verbandsvorstand und Verbandsversammlung geschaffen werden solle, berichtete Schäfer. Man habe die Aufsichtsbehörde beauftragt, den Entwurf einer neuen Satzung zu erstellen.

Bis heute seien vom Verband Investitionen in Höhe von 13 Millionen DM getätigt worden, wozu auch u. a. der Hochbehälter auf dem Goldkuppel in Friedewald gehöre. In dieser Summe seien Zuschüsse von Land und Bund in Höhe von 4,5 Millionen DM enthalten. Man müsse bei einer kritischen Betrachtung jedoch bedenken, daß der

Verband bei seiner Gründung nicht mit Eigenkapital ausgestattet worden sei, das zwang dazu, sämtliche Gelder auf dem Kapitalmarkt als Kredite aufzunehmen. Der derzeitige Schuldenstand liege bei 6 Millionen DM, sagte Schäfer. Angesichts dieses Schuldenstandes würden die eingenommenen Wasserpreise auch zukünftig nicht kostendeckend sein, so daß die Gemeinden wie in den vergangenen Jahren auch weiterhin zusätzliche anteilige Aufwendungen für Tilgung und Zinsen zu tragen haben.

Das Land Hessen gewähre zwar Schuldenstilfungen, doch gehe man ab 1. 1. 1976 von einem Wasserpreis von 1,35 DM aus. Das bedeutet, das Land tut so, als würde in den Verbandsgemeinden ein Wasserpreis in der vorstehenden Höhe erhoben. Bezuschußt werden lediglich die über diesem Wasserpreis liegenden nicht gedeckten Kosten.

Eine besondere Situation sei für den Wasserbeschaffungsverband und die durch ihn sicherzustellende Wasserversorgung im Ostteil des Kreises durch die Versenkung der Kalilauge

(Schluckbrunnen) seitens der Kali-Industrie im Werratal entstanden. Es sei durch die Produktionssteigerungen der letzten Jahre und die dadurch bedingte erhöhte Versenkung von Kalilauge in der Erdschicht des Plattendolomit zu einer gewissen Sättigung gekommen.

Hier würden von der Kali-Industrie mit der Errichtung von Anlagen zur Entsalzung der Kalilauge durch elektrostatisches Verfahren neue Wege beschritten. Dies sei auch angesichts des erheblichen Chloridgehaltes eines der beiden Tiefbrunnen an der Gießlingskirche dringend erforderlich. Was hier noch in der Zukunft auf den Wasserbeschaffungsverband zukomme, sei zur Zeit noch nicht abzusehen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Vorstand des SPD-Ortsvereins in seinen Ämtern bestätigt. Vorsitzender blieb Werner Krause, Stellvertreter wurden Hans Dürner und Holger Wittich, Kassierer Fritz Schröder, Schriftführer Fritz Maraun, Beisitzer Willi Branz, Helmut Fey, Günter Nennstiel, Werner Kuch, Heinrich Mähler und Dieter Erkelenz. Besonders erfreulich sei, betonte Werner Krause, daß der Ortsverein auch im vergangenen Jahr seinen Mitgliederbestand habe erhöhen können. Er hoffe, daß sich dieser Trend auch im Wahljahr 1976 fortsetzen und sich im Wahlergebnis widerspiegeln werde.

NORBERT KERN
Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter
des Landkreises Hersfeld-Rotenburg

11.8.1975
6430 Bad Hersfeld,
Friedloser Straße 12
Telefon: (06621) 87256

Herrn
Bürgermeister
Georg Schäfer
6432 Heringen

In der Anlage der Entwurf des Berichtes für die
Presse, wie er auch dem Fernsehen als Material
dienen soll.

Der Entwurf gefällt mir noch nicht. Ich werde ihn
überarbeiten. Zunächst aber diese rohe Form zu Deiner
Information. Den Reinentwurf bringe ich morgen mit.

gez. Kern

Besondere Probleme wirft die Trinkwasserversorgung des Raumes Heringen - Philippsthal im Ostteil des Kreises Hersfeld-Rotenburg auf.

Der Heringer Ortsteil Kleinensee erhält sein Wasser aus 2 Quellen. Eine dieser Quellen liegt im Gemeindebezirk Großensee in der DDR, die andere auf westdeutscher Seite. Seit einigen Tagen ist das Wasser aus der Quelle Großensee - sie liefert das bessere Wasser - ausgeblieben. Die bundesdeutsche Quelle der Wasserversorgung Kleinensee ist brauchbar für den menschlichen Genuß, jedoch hat sie bereits auffällige Chlorid-Werte.

Das ist die Situation im Ortsteil Kleinensee. Aber der gesamte Raum Heringen - Philippsthal hat große Wasserversorgungsprobleme. Die meisten hier früher genutzten Wasservorkommen zeigen schon seit einiger Zeit hohe Chlorid-Werte und kommen deshalb für den menschlichen Genuß nicht mehr in Betracht. Man ist gezwungen, brauchbares Wasser von weither heranzuführen.

Zwei Ursachen für die Versalzung der heimischen Quellen kommen in Betracht. Einmal ist besonders im Verdacht die Kalilauge, die hier bei der Kaliproduktion anfällt und in größerer Menge durch Schluckbrunnen in die Erde zurückgegeben wird. Auszuschließen ist auch nicht eine evtl. Naturversalzung durch Auswaschung der in diesem Gebiet natürlich vorkommenden Salzlagerstätten. Die Versalzung schließt im Prinzip eine Wasserförderung im Raum Heringen - Philippsthal aus. Eine mögliche Wassergewinnung im Vorfeld des Thüringer Waldes, also nach Osten hin, ist durch die Grenze ausgeschlossen. Sicher wäre es kostengünstiger, nahegelegene Wasservorkommen auf dem Gebiet der DDR zu erschließen. Als Folge der Grenzziehung ist jedoch die Nutzung dieser wirtschaftlichen Vorkommen unmöglich geworden. Um das Trinkwasser für den Bereich Heringen - Philippsthal zu sichern, bildete sich bereits zu Beginn der 60iger Jahre ein Wasserbeschaffungsverband "Ostteil Kreis Hersfeld", dem mittlerweile 17 Gemeinden bzw. Ortsteile angehören. In den 15 Jahren seines Bestehens hat der Verband umfangreiche und kostenaufwendige Baumaßnahmen durchführen müssen, um das Wasser heranzubringen.

So mußten mittlerweile 44 km Fernleitungen zur Versorgung der 14 Gemeinden und Ortsteile gebaut werden. In den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises sind durchschnittlich 1 bis 1,5 km Zuführungsleitungen notwendig, um das Wasser in die Verteilernetze zu bringen.

Rund 10 Mill. DM mußten für die Wasserleitungen im Ostteil des Kreises Hersfeld-Rotenburg investiert werden. Weitere 2 - 3 Mill. DM stehen noch an, bis alle Gemeinden und Ortsteile an dieses Netz voll angeschlossen sind. Erhebliche finanzielle Belastungen erwachsen, weil man auf Nahquellen, die eben in der DDR gelegen sind, nicht zurückgreifen kann. Bund und Land müssen hier wie bisher dafür sorgen, daß der Bürger die Nachteile des Standortes an der Grenze nicht aus seiner Tasche bezahlen muß. Bei der Beihilfe für diese Maßnahme müssen andere Maßstäbe als sonst bei der binnendeutschen Wasserversorgung angelegt werden. Durch Förderung muß sichergestellt werden, daß der sonst übliche Preis auch in Heringen und Philippsthal vom Endabnehmer verlangt wird.

Die Wasserförderung erfolgt über drei Brunnen im Kothebachtal und an der Gießlingskirche. Durch Unterwasserpumpen bzw. Zwischenpumpwerke wird das Wasser zum Zentralhochbehälter Dreienberg gefördert. In drei Hochbehältern steht ein Speichervolumen von insgesamt 4.200 cbm zur Verfügung, und zwar neben dem Zentralhochbehälter Dreienberg und den Hochbehältern Röderkopf und Plessenberg.

Der Heringer Ortsteil Kleinensee ist bisher an das Verbundnetz des Wasserbeschaffungsverbandes "Ostteil Kreis Hersfeld" noch nicht angeschlossen. Für Kleinensee ist die Wasserversorgung auf eine sichere Grundlage zu stellen. Der Grundvertrag wird den Zulauf aus Großensee für die Zukunft wohl rechtlich garantieren. Ob darüber hinaus auch dieser Ortsteil - wie die übrigen - an das Gesamtversorgungsnetz des Wasserbeschaffungsverbandes "Ostteil des Kreises Hersfeld" angeschlossen wird, muß geprüft werden, wobei insbesondere auch die Kosten ihr Gewicht haben.

Ein derartiger Anschluß dürfte mit rd. 2 Mill. DM nicht zu hoch angesetzt sein. Die Quellen, mit denen das Versorgungsnetz des Wasserbeschaffungsverbandes Ost gespeist wird, sind unter ständiger Kontrolle.

Der Wasserverbrauch im Versorgungsgebiet des Verbandes steigt ständig. Der Versorgungsverband muß daher auch die zukünftigen Bedürfnisse in seine Planung einbeziehen. Da die jetzt erschlossenen Brunnen in ihrer vollen Ergiebigkeit genutzt werden, muß eines Tages daran gedacht werden, das Wasser noch aus größerer Entfernung aus südlicher oder westlicher Richtung heranzuführen.